

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

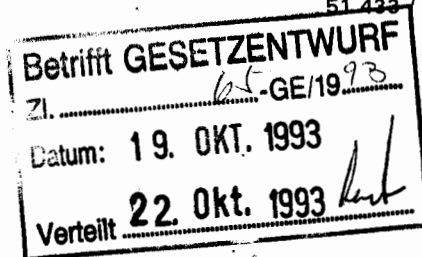
GZ. 31 1031/1-II/7/93

DVR: 0000078
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telex 111688
Telefax 513 99 93

Entwurf einer Novelle des
Bundesbehindertengesetzes;
Zl. 45.300/3-1/93 vom 26. August 1993.

Sachbearbeiter:
Mag. POSCH
Telefon:
51 433 1823 DW

An das
Parlament
Dr. Karl Lueger Ring 1
1010 Wien



Im Sinne der Entschließung des Nationalrates betr. die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwürfe, beehrt sich das Bundesministerium für Finanzen beiliegend seine Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstellten und mit Note vom 26. August 1993, do. Zahl 45.300/3-1/93, versendeten Entwurf einer Novelle des Bundesbehindertengesetzes zu übermitteln.

18. Oktober 1993

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 1031/1-II/7/93

DVR: 0000078
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telex 111688
Telefax 513 99 93

Bundesbehindertengesetz.

Sachbearbeiter:
Mag. POSCH
Telefon:
51 433 / 1823 DW

An das
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Stubenring 1
1010 Wien

Zu dem mit do. Note vom 26. August 1993, do. Zl. 45.300/3-1/93,
übermittelten Entwurf einer Novelle des Bundesbehindertengesetzes nimmt das
Bundesministerium für Finanzen wie folgt Stellung:

Der ggstdl. Gesetzesentwurf enthält keine ausreichend detaillierte
Stellungnahme zu den finanziellen Auswirkungen, wie sie in § 14 BHG gefordert
wird.

Für die vom Bundesministerium für Finanzen durchzuführenden Beurteilung
wäre in diesem Zusammenhang insbesondere die Darstellung in Form einer
Vorschaurechnung, zumindest über den Budgetprognosezeitraum, notwendig
gewesen, worin die Kosten für den Bund nach Inkrafttreten der Novelle ebenso wie
jene bei einer Beibehaltung des status quo darzustellen gewesen wären.

Die Ergebnisse dieser Gegenüberstellung hätten im Interesse der notwendigen
Kostentransparenz nicht bloß ziffernmäßig dokumentiert, sondern auch verbal
umschrieben werden sollen.

Trotz fehlender finanzieller Vorschaurechnungen lassen sich nach Ansicht des
Bundesministeriums für Finanzen in einigen Bereichen unmittelbare Mehrkosten
absehen.

Es kann nicht beurteilt werden, ob sie alle in der Pauschalangabe des
Bundesministeriums für Arbeit und Soziales enthalten sind. Es muß somit auch
bezweifelt werden, ob die erforderlichen Mehrausgaben bei der angespannten
Budgetsituation vom Bund übernommen werden können, zumal der im
Bundesministerium für Arbeit und Soziales eingerichtete Bundesbehindertenbeirat für
den angeführten Aufgabenkreis zuständig ist.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß eine Novellierung des
Bundesbehindertengesetzes in der vorliegenden Form eine Präjudizwirkung für viele

- 2 -

andere Institutionen mit ähnlichen Aufgaben hätte. Ob diese Institutionen ihren Aufgaben auf Basis einer Bundesfinanzierung noch in der notwendigen Unabhängigkeit nachzukommen vermögen, wird vom ho. Ressort in Frage gestellt.

18. Oktober 1993

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. A. S.', written in a cursive style.